

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

**Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische Auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Oktober 2007

Anhang 2

Text 55.3

(Seite 1 – 12)

Zwei Staaten auf dem Weg nach oben / China und Indien ...
Von Harald Maas, HAZ 3. 11. 2007

Herrschaft der Zwillinge ist beendet
Jaroslaw Kaczynski tritt als Ministerpräsident zurück - und stänkert gegen den Nachfolger
Von Knut Krohn / HAZ vom 6. 11. 2007

Weitere Zeitungsausschnitte zu den Themen
Gedenkstätte für Vertriebene
NPD-Verbot, Antifa,
Vermögensverteilung,
gesellschaftliche Struktur
und Rußland

Zwei Staaten auf dem Weg nach oben

China und Indien gelten als die wirtschaftlichen
Aufsteiger dieses Jahrhunderts.

Von Harald Maas, HAZ 3. 11. 2007

Peking, Zweimal China, einmal Indien - das Reiseprogramm von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den vergangenen Wochen und Monaten ist ein Spiegel des Kräftewandels in der Weltpolitik. China und Indien sind die wirtschaftlichen Aufsteigermächte dieses Jahrhunderts. Lange Zeit standen sie eher im Abseits - nun ist

sicher: Beide Staaten werden die Weltpolitik künftig entscheidend mitprägen. Dabei werden China und Indien in der westlichen Debatte oft zu Unrecht in einen Topf geworfen. Beide Länder haben riesige Bevölkerungen, beide zeichnen sich durch ein rasantes Wirtschaftswachstum aus – doch hier enden auch schon die Parallelen. Politisch und sozial könnten diese künftigen Großmächte kaum unterschiedlicher sein.

Nach zwei Jahrzehnten Öffnungspolitik ist China heute eine Entwicklungsdiktatur. Die Kommunistische Partei an der Spitze ist zwar noch leninistisch organisiert, ihr Kommunismus jedoch nur noch ein Lippenbekenntnis. Ein ungehemmter Turbokapitalismus in Verbindung mit einer strikten Einparteienherrschaft hat das Land ökonomisch riesige Schritte nach vorn gebracht. Wer heute durch China reist, fährt über ein riesiges, gut ausgebautes Autobahnnetz. Er sieht Städte mit modernen Häusern. Entlang der Küste gibt es riesige moderne Hafenanlagen, über die „Made in China“-Produkte in die Welt verschifft werden. Selbst im Hinterland von Tibet kann man per Handy telefonieren oder in Internetcafés surfen.

Indiens Erfolge sind weniger offensichtlich. Das Verkehrssystem ist chaotisch, Busse und Eisenbahnen sind chronisch überfüllt, Infrastruktur rückständig. Auch hat es Indien noch

schlechter als China geschafft, die Früchte des wirtschaftlichen Aufstiegs auf alle Bevölkerungsschichten zu verteilen. 800 Millionen der 1,1 Milliarden Inder, die meisten sind Landbewohner, haben weniger als zwei Dollar am Tag zum Leben. In der Software- und Serviceindustrie, mit der sich Indien weltweit einen Namen gemacht hat, arbeitet nur ein winziger Teil der Bevölkerung. Manche Beobachter und Wirtschaftsbosse haben

deshalb bereits China zum Gewinner im Rennen der beiden Aufsteiger erklärt. Doch das ist voreilig.

Ökonomisch mögen die Chinesen den Indern ein Jahrzehnt voraus sein. Ihr Land entwickelt sich dynamischer und mit höheren Wachstumszahlen. Politisch ist jedoch Indien weiter. Im Gegensatz zu China, das wie zu Maos Zeiten von einer kleinen Gruppe von KP-Mächtigen regiert wird, ist Indien eine weitgehend funktionierende

Demokratie - sogar die größte der Welt. Demokratische Regierungsformen, das zeigt der Föderalstaat Indien, sind mühsam. Bevor eine indische Straße oder ein Hafen gebaut werden kann, müssen die Regierenden das Volk fragen. Konkurrierende Interessen und Stimmungen sind zu berücksichtigen und abzuwägen. Dies ist einer der Gründe, warum Indien sich langsamer als China entwickelt.

Wenn Pekings Führer sich einen Transrapid in Schanghai wünschen, dann müssen sie nur die Weisung dazu geben - die Einwohner werden nicht gefragt. Auch westliche Manager zeigen sich oft begeistert von den kurzen Entscheidungswegen. Doch genau hier liegt Chinas Gefahr. Die Volksrepublik entwickelt sich mit einem phantastischen Tempo, aber entwickelt sie sich auch in die richtige Richtung?

In den vergangenen Jahren wurden so viele Hochhäuser aus dem Boden gestampft, dass die Städte zu menschenfeindlichen Betonwüsten verkommen. Die Umweltgifte aus den immer neuen Industriegebieten machen die Menschen krank. Die Korruption lässt die Wohlstandskluft immer größer werden. Viele Familien haben Mühe, die Schule für ihre Kinder zu bezahlen. Vor den Krankenhäusern sterben Menschen, weil die Ärzte nur noch gegen Vorkasse behandeln. Viele dieser Probleme existieren genauso in Indien. Doch im Gegensatz zu China, wo die KP wie ein schwerer Deckel alle ethnischen und sozialen Probleme überdeckt und der gesellschaftliche Druck damit immer größer wird, hat Indien ein System zur Lösung seiner gesellschaftlichen Probleme.

Die indische Demokratie hat ihre Schwächen -die globalen Risiken durch China sind jedoch ungleich größer, falls eines Tages die KP ihre Macht verlieren sollte. Auch wenn chinesische und indische Firmen zu einer ernsthaften Konkurrenz für westliche Unternehmen heranwachsen, hat die Welt ein grundlegendes Interesse am Erfolg beider Länder; Chinesen und Inder sind zusammen fast 2,5 Milliarden Menschen. Wenn es gelingt, einen Großteil von ihnen aus der Armut zu befreien und ihren Lebensstandard dem Westen zumindest anzunähern, wäre dies ein historischer Fortschritt.

(Abschrift TA)

oooooooooooooooooooooooooooo

Herrschaft der Zwillinge ist beendet Jaroslaw Kaczynski tritt als Ministerpräsident zurück - und stänkert gegen den Nachfolger

VON KNUT KROHN

HAZ vom 6. 11. 2007

Warschau. Kurz vor der ersten Sitzung des neu gewählten Parlaments hatte Jaroslaw Kaczynski noch ein eher unerfreuliches Treffen bei seinem Zwillingsbruder Lech. Mit einer Mappe unterm Arm eilte der abgewählte Regierungschef gestern in den Amtssitz des Präsidenten am Rande der Altstadt von Warschau. Dort übergab er dem Staatsoberhaupt ein schlichtes Dokument - seine Rücktrittserklärung. Nach nur wenigen Minuten bestieg der nun ehemalige Regierungschef seine dunkle Limousine und rauschte quer durch Warschau. Kaczynski musste rechtzeitig zum Sejm, denn um 15 Uhr begann dort die erste Sitzung des Parlaments, in dem seine Partei „Recht und Gerechtigkeit“ nicht mehr die Mehrheit der Abgeordneten stellen wird. Das tun seit gestern andere: die liberal-konservative Bürgerplattform mit deren Chef Donald Tusk.

Im Sejm erklimm Jaroslaw Kaczynski langsam das Rednerpult, blickte kurz in die Runde und begann in dem bekannt nieselnden Ton eine kurze Ansprache. „Wir beenden die Mission unserer Regierung hoch erhobenen Hauptes“, sagte der Wahlverlierer Jaroslaw Kaczynski und gab sich auch in diesem für ihn schweren Moment als unbeugsamer Kämpfer für sein Land. Es sei ihm und seiner Partei gelungen, die Position Polens in Europa zu stärken, so seine Bilanz. Alle seine Vorgänger hätten das Land in die Abhängigkeit von anderen Staaten geführt. Diesen Zustand habe er beendet. Polen werde nun nicht mehr von anderen Mächten „herabgesetzt“, erst seine Regierung habe das Land zu neuem Ansehen in der Welt geführt. In den Reihen der Zuhörer herrschte Schweigen.

In seiner kurzen Rede ließ Jaroslaw Kaczynski noch einmal seiner allseits bekannten Skepsis gegenüber der Europäischen Union freien Lauf. Er, der die Brüssler Bürokraten in den vergangenen Monaten mit Vetodrohungen bis aufs Blut gereizt hatte, sprach sich für die Stärkung der Zusammenarbeit mit Washington aus. Der geplante US-Raketenschild stärke dieses transatlantische Bündnis und damit auch die Sicherheit Polens, ist der ehemalige Regierungschef zutiefst überzeugt. Spätestens jetzt war die Angst Kaczynskis mit Händen zu greifen, dass Polen noch einmal zwischen den beiden Mächten Deutschland und Russland zerrieben werden könnte. Anzeichen dafür sind nach Ansicht Kaczynskis mannigfach vorhanden - allen voran die von ihm immer wieder zitierte geplante Ostsee-Pipeline.

Lange hatte es danach ausgesehen, dass Jaroslaw Kaczynski noch einige Tage länger am Hebel der Macht sitzen würde. Doch kurz vor der konstituierenden Sitzung des polnischen Sejm hatte Präsident Lech Kaczynski verkündet, dass Wahlsieger Donald Tusk von der liberal-konservativen Bürgerplattform heute von ihm offiziell den Auf-

trag erhält, eine Regierung zu bilden. Tusk einigte sich vergangene Woche auf eine Koalition mit der liberalen Bauernpartei.

Im Vorfeld der Sitzung des Sejm waren die Spannungen zwischen dem Präsidenten und dem zukünftigen Premier Tusk offensichtlich geworden. Es war spekuliert worden, dass Lech Kaczynski aus Gram über die Niederlage seines Bruders Jaroslaw die Regierungsbildung verzögern könnte. Tusk reagierte abgeklärt und sagte, dass er sich in Geduld üben werde, sollte sich der Präsident für eine Hinhaltenaktik entscheiden. Allerdings, so fügte er an, werde das Lager der Verlierer in solch einem Fall noch weiter in der öffentlichen Achtung sinken. Der 50-Jährige spielte damit auf die vorgezogene Parlamentswahl im Oktober an, die der Herausforderer überlegen mit 41,5 Prozent zu 32,1 Prozent gewonnen hatte.

Am Wochenende hatte sich allerdings Jaroslaw Kaczynski als schlechter Verlierer gezeigt und seinen Nachfolger scharf angegriffen. Die Bürgerplattform habe im Wahlkampf die Medien manipuliert, bellte der 58-Jährige und wolle in Polen einen Staat wie „das Russland Putins“ errichten.

Donald Tusk aber ließ sich nicht provozieren. Er gab den besonnenen Regierungschef und präzisierte gestern noch einmal die bisher nur vage definierten Ziele der zukünftigen polnischen Regierung. So legte er sich auf einen Zeitkorridor für die Einführung des Euro fest. 2012 oder spätestens ein Jahr darauf soll die Gemeinschaftswährung auch in Polen gelten. „Meine Regierung wird alles tun, um die Kriterien für die Einführung zu erfüllen“, erklärte Tusk in einem Interview mit der links-liberalen Tageszeitung „Gazeta Wybrocza“. Allerdings will er sich auf keine Abenteuer einlassen, schickte er zur Beruhigung der Gemüter vieler Menschen hinterher. Zuvor müsse untersucht werden, wie sich die Einführung des Euro auf die Einkommen der Polen auswirken werde.

Auch wie das zukünftige Verhältnis zu den USA aussehen wird, ließ Tusk durchblicken. Es sei wahrscheinlich, dass Polen im kommenden Jahr seine Soldaten aus dem Irak abziehen werde, erklärte der zukünftige Regierungschef. Im Jahr 2003 war Polen einer der willigsten Unterstützer des Krieges der USA gegen den ehemaligen Diktator Saddam Hussein. Im Moment sind fast 1000 polnische Soldaten in der Nähe von Bagdad stationiert.

Im Verhältnis zu Deutschland machte Donald Tusk klar, dass er keinen Schmusekurs einschlagen werde. Er habe mit der Bundeskanzlerin einen gemeinsamen Standpunkt, erklärte der Politiker, doch es gebe noch zahlreiche schwierige Felder. So dürfe nie der Eindruck entstehen, dass sich Berlin seiner Kriegsschuld entledigen und die Geschichte umdeuten wolle. „Deutschland muss sich immer seiner Geschichte erinnern“, so seine unmissverständliche Forderung. Er sei auf jeden Fall bereit, die Interessen Polens zu verteidigen.

Unterdessen sinkt Kaczynski Stern auch in der eigenen Partei; Drei Vizepräsidenten der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit kündigten ihren Rücktritt von ih-

ren Ämtern an. Als Grund nannten Ludwik Dorn, Kazimierz Michal Ujazdowski und Pawel Zalewski die Art von Jaroslaw Kaczynski, die Partei zu führen. Dorn war bisher Parlamentspräsident, Ujazdowski Kulturminister und Zalewski Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Parlament.

(Abschrift: TA)

Ein Problem namens Steinbach

Das Vertriebenengedenken bleibt beim Besuch von Polens Premier Tusk in Berlin strittig

VON MICHAEL M. GRÜTER

Berlin. Polens Regierungschef Donald Tusk lächelt. Auf diese Frage hat er gewartet. Er habe sich vorgenommen, den Fall Erika Steinbach nicht anzusprechen, erklärt er im Kanzleramt. Doch wenn er nun danach gefragt werde, könne er sagen, seine Haltung sei „unverändert“. Die polnische Regierung will an keinem Gedenkprojekt mitwirken, an dem die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) beteiligt ist, heiße es „Zentrum gegen Vertreibungen“, wie ursprünglich vom BdV angestoßen, oder „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“, wie von der Bundesregierung geplant.

Kanzlerin Angela Merkel und ihr Gast pflegen einen vertrauten Umgang miteinander. Beide verstehen sich als pragmatische Politiker. Sie kennen sich aus der Europäischen Volkspartei. Tusk will erreichen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen „so gut werden wie unsere persönlichen Beziehungen“. Das kann nicht gelingen, solange die belastende Geschichte beide Völker weiter trennt.

Zu einem Symbol für die Schwierigkeit dieser Beziehung ist Steinbach geworden. Die Vertriebenenvertreterin, Abgeordnete der CDU, ist in Polen wohl noch bekannter als die Kanzlerin. Mit ihr lassen sich Ängste und Aversionen mobilisieren. Polens Regierungschef klagt über Steinbachs „fehlende Objektivität“ und rät: „Von Projekten, die uns verbinden sollen, sollten solche Personen ferngehalten werden, von denen wir nicht auf beiden Seiten der Grenze überzeugt sind.“

Auch die Kanzlerin umkreist in ihren

Bemerkungen Steinbach. „Schritt für Schritt“ wolle man für das Projekt werben, in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ gegen Flucht und Vertreibung zu errichten. Die deutsche Seite will dafür die polnische Zustimmung gewinnen. Eine deutsche Delegation soll in Warschau Informationen geben. „Dann schauen wir weiter“, sagt Merkel. „Ganz, ganz wichtig“ sei ihr, dass es „keineswegs die Absicht des Projektes“ sei, „Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges in irgendeiner Weise zu relativieren“.

Vom vertriebenenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Jochen-Konrad Fromme, ist anderes zu hören. Er streicht heraus, dass das von „Deutschland ausgegangene Unrecht“ nicht die alleinige Ursache für die Vertreibung der Deutschen gewesen sei. Darüber hinaus hätten nationale Entscheidungen, internationale Konferenzen und Stalins Strategie der Destabilisierung des Westens eine Rolle gespielt. So wird der Vernichtungsfeldzug der deutschen Wehrmacht im Osten zu einem Grund unter anderen. Das nennt man Relativierung. Fromme liegt damit auf einer Linie mit früheren Äußerungen der Vertriebenenpräsidentin.

An diesem Tag aber bietet Steinbach all ihren Charme auf, präsentiert sich unangreifbar. Sie lobt den polnischen Premier für seinen Auftritt und erklärt die Bereitschaft der Vertriebenen, an der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn mitzuwirken. In anderer Rolle, als menschenrechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, nimmt Steinbach Kanzlerin Merkel gegen Angriffe in Schutz. Sollte sie auf eine entsprechende Geste

der Kanzlerin ihr gegenüber gehofft haben, so wird sie enttäuscht. Seit Langem ist Merkel nicht gut auf Steinbach zu sprechen. Als die CDU-Abgeordnete im Frühjahr die Regierung von Tusks Amtsvorgänger Jaroslaw Kaczynski in die Nähe der NPD gerückt hatte, rügte die CDU-Spitze Steinbach ausdrücklich.

Tusk und Merkel berufen sich auf die „Danziger Erklärung“ der früheren Präsidenten von Polen und Deutschland, Alexander Kwasniewski und Johannes Rau. Im Oktober 2003 hatten die beiden Staatsoberhäupter die Europäer dazu aufgerufen, alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung aus dem 20. Jahrhundert „gemeinsam neu zu bewerten und zu dokumentieren“. Jede Nation habe das Recht, der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken. Merkel will versuchen, auf dieser Basis zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ob es gelinge, wisse sie nicht. Sie nennt den polnischen Vorschlag eines Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig eine „interessante Idee“. Es sei aber keine Alternative zum Berliner „Zeichen“. Darin stimmt Tusk mit ihr überein.

Das Berliner Vorhaben ist für Merkel ein „Regierungsprojekt, an dem viele mitarbeiten“. In der Union halten einflussreiche Kräfte, unter anderem Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein, eine Beteiligung der Vertriebenenpräsidentin für zwingend. Auch Tusk steht unter Druck. Er ist unter anderem gewählt worden, um Polens Verhältnis zu den Nachbarn zu verbessern. Vor allem die junge Generation will die Geschichte nicht vergessen, aber hinter sich lassen.

X Waldorfschulen gehen gegen NPD-Mann vor

Wolfenbüttel (epd). Der Bund der Freien Waldorfschulen geht juristisch gegen den niedersächsischen NPD-Funktionär und Spitzenkandidaten Andreas Molau vor. Ihm werde per Unterlassungsklage untersagt, die Bezeichnung „Waldorf“ für eine von ihm geplante Schule in Brandenburg zu verwenden, teilte der in Stuttgart ansässige Bund der Freien Waldorfschulen am Montag mit. Molau hatte zu Jahresbeginn einen Obsthof in Brandenburg gekauft. Dort will er nach eigenen Angaben ein „Ferien- und Schulungszentrum im Stile einer Waldorfschule“ errichten. Auch in Südniedersachsen suche er eine Immobilie, „um auch hier ein Gegengewicht zu der einseitigen Schulpolitik zu schaffen“. Der 39-Jährige war in Braunschweig von 1996 bis 2004 selbst Lehrer an der Waldorfschule, bis ihm dort wegen rechtsextremistischer Umtriebe gekündigt wurde.

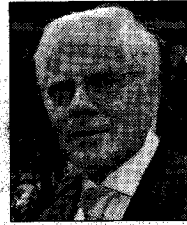
HAZ 17.12.07

X Kirchengvorsteher entlassen

Königslutter: Der NPD-Funktionär Adolf Preuß ist mit sofortiger Wirkung aus dem Kirchenvorstand der Gemeinde Stüplingen (Kreis Helmstedt) entlassen worden. Der Vorstand der Propstei Königslutter habe zu diesem Schritt keine Alternative gesehen, da sich Preuß nicht vom Programm der rechtsextremen Partei distanziert habe, teilte die Landeskirche Braunschweig mit. Preuß gehört der NPD seit 40 Jahren an, seit 20 Jahren arbeitet er im Kirchenvorstand mit. dö

R 7
HAZ 19.12.07

X ZUR PERSON



Gerhard Glogowski (SPD), ehemaliger Ministerpräsident, wird Ehrenbürger von Braunschweig. Der 64-Jährige erhält die Auszeichnung für die Verdienste, die er sich als Braunschweiger Oberbürgermeister

sowie in weiteren politischen Funktionen und Ehrenämtern für die Entwicklung der Stadt erworben hat. Einem entsprechenden Vorschlag von Oberbürgermeister Gert Hoffmann (CDU) segnete der Rat auf seiner Sitzung am Dienstag mit großer Mehrheit ab. Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist für den 11. Februar geplant, dem 65. Geburtstag von Glogowski. jkr

X Mit Mindestlohn die Wahl gewinnen

Hannover (mbb). Die SPD will mit der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn die Landtagswahl 2008 gewinnen. „Wir werden die Wahl zur Volksabstimmung über den Mindestlohn machen“, kündigte der frühere ver.di-Landeschef Wolfgang Denia an, den SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner im Falle eines Wahlsiegs zum Arbeits- und Sozialminister machen möchte. Nach Denias Angaben sammelt die SPD bereits überall Unterschriften, die die Einführung von Mindestlöhnen fordern.

Jüttner attackierte die CDU-FDP-Landesregierung scharf. In der Statistik zur wirtschaftlichen Entwicklung sei das Land im bundesweiten Vergleich auf Platz zwölf abgerutscht: „Trotz allgemeinen Aufschwungs verliert Niedersachsen Boden.“ Die CDU wies die Vorwürfe zurück. Niedersachsen habe nach Baden-Württemberg das zweitgrößte Wirtschaftswachstum. Der SPD-Kandidat rede das Land schlecht.

„Antifa Dezember 2007“

Kampagne und Infoveranstaltung im Küsters Hof

WUNSTORF (gī). In einem Pressebereich der Gruppe „Antifa rk Wunstorf“ heißt es: „Seit dem es vor wenigen Wochen zu zwei kurz aufeinander folgenden rechtsextrem motivierten Übergriffen auf Wunstorfer Jugendliche kam, kocht die Diskussion darüber, ob es in Wunstorf eine Gefahr durch junge Nazis gibt. Während die Jusos in einer mahnenden Pressemitteilung sinnvollerweise auf die steigende Gefahr von rechts hinwiesen und ein Ende der Ignoranz forderten, versuchen vor allem die VertreterInnen der Wunstorfer Polizei das Problem klein zu reden und zu bagatellisieren. Hinzu kommen zahlreiche diffuse und kaum überprüfbare Gerüchte die in Wunstorfs Straßen auf und ab kursieren und eine Situation schaffen, in der es den um Objektivität bemühten BeobachterInnen kaum noch möglich sein kann sich ein realitätsnahes Bild zu machen“. Aus diesem Grund veranstaltet die antifaschistische Gruppe „Antifa rk Wunstorf“ eine Kampagne mit dem Titel „Antifa Dezember 2007“. Im Mittelpunkt steht eine zusammen mit den Jusos Wunstorf und der DGB Jugend Niedersachsen-Mitte initiierte Infoveranstaltung über Nazis in Wunstorf, die am Montag, 17. Dezember um 18 Uhr in der Sonderbar (Küsters Hof) stattfinden wird. „Uns geht es darum ganz klassische Aufklärungsarbeit gegen rechts zu

leisten und ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen. Dabei ist es uns wichtig, dass dies keine elitäre Veranstaltung wird sondern eine bei der jede und jeder sich über das, was tatsächlich in Wunstorf los ist informieren kann“, so eine Sprecherin der Gruppe. Umrahmt wird der Infoabend in der Wohnwelt von einer Veranstaltung mit dem Titel „RK-Party“, die am 28. Dezember um 21 Uhr starten wird. Neben allerlei tanzbarer Musik sind Cocktailstände und Begrüßungsgeschenke geplant. „Wir sind nicht nur mit dem Ziel angetreten die politische Landkarte in Wunstorf etwas aufzumischen. Es ist uns auch wichtig rechten Jugendkulturen kulturell etwas entgegen zu setzen. Allen sollte klar sein: die Linken feiern einfach die besseren Partys“, erwähnte die Sprecherin. Die Antifa [rk] Wunstorf gründete sich im Frühsommer 2007 als Zusammenschluss verschiedener Personen, die vorher unter den Namen „Initiative gegen Geschichtsrevisionismus“, „Antikapitalistische Gruppe“, „Antirassismus Initiative“ oder „Unabhängige Antifa Wunstorf“ politisch aktiv waren. Ihre Zielsetzung ist die Verbreitung linker und antifaschistischer Inhalte durch Theorie und Praxis in Wunstorf. Der Antifa Dezember ist die erste größere öffentliche Kampagne der Gruppe. Die Homepageadresse lautet: <http://www.rk.blogsport.de>

Gansäuer will neuen Anlauf zum NPD-Verbot

Landtagspräsident hält Verfassungsfeindlichkeit für erwiesen / Innenminister reagieren skeptisch

VON KLAUS WALLBAUM
UND KLAUS VON DER BRELIE

Hannover. Innerhalb der CDU gewinnt die Debatte um die Frage, ob ein neues Verbot der rechtsextremistischen NPD angepeilt werden sollte, seit Mittwoch an Fahrt. Während der mecklenburg-vorpommersche Innenminister Lorenz Caffier (CDU) im Kreis der Innenminister der Union mit seiner Forderung nach einem schnellen Start des Verbotsverfahrens allein steht, hat sich gestern auch Niedersachsens Landtagspräsident Jürgen Gansäuer (CDU) klar positioniert. „Es reicht nicht, diese Partei nur zu beobachten. Sie ist verfassungsfeindlich, und keiner bestreitet dies. Wenn das so ist, muss der Staat alles in Bewegung setzen, um sie auch zu verbieten“, sagte Gansäuer der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

Damit steht der Landtagspräsident im Gegensatz zum niedersächsischen In-



Jürgen Gansäuer

nenminister Uwe Schünemann (CDU), der einem Verbot der Partei skeptisch gegenübersteht – auch wegen der zweifelhaften Erfolgsaussichten. Der erste Anlauf zu einem Verbot war vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, weil auf der Funktionärsbene der NPD V-Leute des Verfassungsschutzes mitwirken.

Gansäuer empfahl jetzt ein gemeinsames Vorgehen aller Demokraten. Dies sei geboten, weil die NPD im Kern antisemitisch sei und den Hass auf Juden propagiere. Dies habe sich an der Art und Weise gezeigt, wie der NPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Andreas Molau, auf die Neugestaltung der Gedenkstätte im früheren Konzentrationslager Bergen-Belsen reagiert habe.

Skeptisch zu einem Verbotsverfahren äußerten sich gestern Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und sein hessischer Amtskollege Volker Bouffier. „Wir sind heute nicht sicher, ob ein neues Verbotsverfahren erfolgreich wäre“,

sagten sie. Schäuble hat alle Bundesländer gebeten, ihm die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter über die NPD zu übergeben. Bis März 2008 wolle er dann prüfen, ob ein Verbotsverfahren aussichtsreich sein kann. Gansäuer lobt

dieses Vorgehen von Schäuble: „Ich halte das für den richtigen und angemessenen Weg, mit diesem Thema umzugehen“, betonte er. In Niedersachsen haben sich bisher vor allem SPD und Grüne für ein NPD-Verbot stark gemacht.

Grüne für Regulierung

Eine deutliche staatliche Regulierung soll nach den Vorstellungen der Grünen ökologisches und soziales Versagen des Marktes künftig wirksam verhindern. „Wir brauchen einen starken Staat im Setzen von Rahmenbedingungen“, sagte Fraktionschef Fritz Kuhn bei der Vorstellung eines Antrags zur „Grünen Marktwirtschaft“ für den Parteitag Ende des Monats in Nürnberg. dpa

HAZ 8.11.07

„Privat ist nicht mehr zeitgemäß“

Die Linke will Aufgaben „rekommunalisieren“

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Sabine Leidig, die beim Verein Attac die Geschäfte führt, blickt voller Verwunderung auf die gegenwärtige öffentliche Debatte über die geplante Privatisierung der Bahn. „Mit Tränen in den Augen“ habe sie die vielen Berichte in den Medien gelesen, vor allem in jenen, die von ihr als „konservativ“ eingestuft wurden. Überall seien die Bedenken gegen den Verkauf der Bahn groß gewesen, und die Kritiker dieser Politik seien durchweg positiv begleitet worden. „Es hat sich also etwas gewandelt in Deutschland“, sagt Leidig. „Unsere Position findet immer mehr Zuspruch.“

Leidig trat am Sonnabend bei einem bundesweiten Kongress der neuen Partei Die Linke in Hannover auf – als Bündnispartnerin. Denn Die Linke hat sich inzwischen dem Kampf gegen die Übertragung staatlicher Aufgaben an Private verschrieben. „Öffentlich – weil's wichtig

für alle ist“ heißt der Slogan. Die Partei beschränkt sich dabei nicht auf die Bahn, sie will das Thema allgemein verstanden wissen und geht sogar noch einen Schritt weiter. Nach einer Welle der Privatisierungen von Kliniken, Abfallentsorgung, Stadtwerken und Buslinien schlage nun das Pendel um – und dabei müsse Die Linke an der Spitze der Bewegung stehen.

„Rekommunalisierung heißt jetzt das Stichwort“, sagt die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht, die zu den Anführern der Kampagne gehört. Privat sei nicht mehr zeitgemäß, und in vielen Fällen hätten sich private Betreiber als zu teuer, zu unflexibel und gegenüber den Mitarbeitern ausbeuterisch erwiesen. Wagenknecht, die in der Linkspartei zum dogmatischen Flügel gerechnet wird, verknüpft damit eine theoretische Grundlage – es gehe um die Eigentumsfrage im Kapitalismus. Güter, die jeden etwas angehen und von jedem genutzt werden, müssten allen gehören und nicht wenigen privaten Betreibern.

Der zuständige ver.di-Beauftragte Erhard Ott zählt 25 Kommunen und Land-

kreise, die in diesen Wochen überlegen, beispielsweise ihre Müllabfuhr wieder in kommunale Obhut zurückzuholen. Viele davon liegen in Nordrhein-Westfalen, und als Musterbeispiel wurde bei dem Kongress der Linkspartei die Stadt Bergkamen erwähnt, die nach der Trennung von einem privaten Entsorgungunternehmer sogar stolz verkündet, man habe die Kosten gesenkt und sogar die Müllgebühren verringern können. Immerhin räumt der zuständige Bergkamener Dezernent Hans-Joachim Peters ein, neben einer „schlanken Geschäftsführung“ und einer günstigen Zusammenarbeit mit anderen städtischen Stellen

liege der Erfolg auch daran, dass ein kommunaler Betrieb anders als ein privater Betreiber keiner Mehrwertsteuerpflicht unterliegt.

Wie aber, fragt sich Die Linke, kann man den Trend vieler Kommunen zur Rekommunalisierung noch verstärken? Wie kann man einer Kampagne richtig Schwung geben und angepeilte Privatisie-

rungen ausbremsen? Ein Vertreter der Linkspartei aus Hamburg berichtet von wenig erfreulichen Erfahrungen mit Volksbegehren: Vor Jahren habe man auf diese Weise die Privatisierung von Krankenhäusern stoppen wollen, sei aber gescheitert – auch SPD und Grüne, und sogar die Gewerkschaft ver.di hätten sich den Verkaufsplänen damals nicht generell verschlossen, prompt habe das Plebiszit keinen Erfolg gehabt.

In einer Podiumsdiskussion wurden schließlich Alternativen erörtert. Jörn-Jan Leidecker von der hannoverschen Linkspartei bringt einen „politischen Streik“ ins Gespräch, und Wagenknecht meint, solche Aktionen seien beispielsweise in Frankreich sehr wirkungsvoll. „Dort herrscht ein Widerstandsklima, das Privatisierungen unmöglich macht.“ Einen starken Gegner allerdings hat die Abgeordnete Wagenknecht schon ausgemacht: die EU-Kommission mit ihrem Anspruch auf Förderung des freien Wettbewerbs. „Das ist der Hauptmotor des Neoliberalismus“, meint sie, „aber allmächtig ist die Kommission auch nicht.“



Lobt das Widerstandsklima in Frankreich: Sahra Wagenknecht. dpa

SCHULDEN

Alarmierend

Zwischen all die frohen Botschaften aus der Wirtschaft scheint diese Statistik nicht recht zu passen: Während die Arbeitslosigkeit sinkt und Konjunkturforscher wachsenden Konsum voraussagen, sind immer mehr Menschen überschuldet. Sie können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, brechen unter der Last der Schulden oft büchstäblich zusammen. Der „Aufschwung für alle“, den die Bundesregierung jüngst so werbewirksam ausgerufen hat, ist an der Pleitestatistik nicht abzulesen.

Den Creditreform-Vereinen ist politische Lyrik fremd, sie sammeln schlicht Erfahrungen beim Eintreiben von Schulden – und die sind alarmierend. Nach ihrer Überzeugung wird Überschuldung unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung weiter um sich greifen. Zum einen wächst offenbar die Zahl der Menschen, die umgeben von unendlichen Konsummöglichkeiten ihre Finanzen nicht im Griff haben.

Zum anderen aber kommt vom Aufschwung der Statistiker nur ein Bruchteil in den Taschen vieler Menschen an. Nachdem Einkommen jahrelang stagnierten und vor allem Sonderzahlungen gekürzt wurden, steigen jetzt die Preise. Plötzlich stimmt die monatliche Kalkulation bei vielen Menschen nicht mehr, die sich bislang sicher fühlten. Vom „Aufschwung für alle“ sind wir jedenfalls weit entfernt. STEFAN WINTER

HAZ 10.11.07 Anzeige

Mundt-Morand
Moderne Heizungs- und Technik
Shell-Wärme-Abz.

Mehr Schuldner trotz Aufschwungs

Niedersachsen schlechter als der Bundesschnitt

VON LARS RUZIC

Hannover/Düsseldorf. Wirtschaftsaufschwung und sinkender Arbeitslosigkeit zum Trotz sind immer mehr Menschen in Deutschland überschuldet. Die Zahl der Erwachsenen, die aus ihren Einnahmen ihre monatlichen Gesamtausgaben nicht bestreiten können, ist innerhalb eines Jahres um 150 000 auf 7,3 Millionen gestiegen. Das teilte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform bei der Vorlage ihres Schuldneratlas' mit. Damit ist mehr als jeder Zehnte überschuldet.

Noch etwas schlechter sieht die Situation in Niedersachsen aus. Hier liegt die Schuldnerquote mit 11,4 Prozent einen halben Punkt über dem Bundesschnitt. Auch nahm die Zahl der Betroffenen hier stärker zu als bundesweit. Sie stieg um 2,8 Prozent auf 740 000. Unter den Bundesländern liegt Niedersachsen auf dem siebten Platz. Wirtschaftlich besser geht es vor allem den Menschen in Bayern und Baden-Württemberg, deren Schuldenquoten weit unter dem Durchschnitt liegen. Schlusslicht ist Bremen.

Das Gesamtvolumen des Schuldenberges bezifferte Creditreform auf 271 Milliarden Euro. Auslöser für die Überschuldung sind Creditreform-Vorstand Helmut Rödl zufolge meist Schicksalsschläge wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit. Er sei überrascht, dass der Wirtschaftsaufschwung nicht zu einem Rückgang der Verschuldung ge-

führt habe, sagte Rödl. Doch spiegele sich darin wohl wider, dass viele der neuen Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich angesiedelt seien. Außerdem werde vielen einkommensschwachen Haushalten zum Verhängnis, dass die Lohnentwicklung nicht mit dem Preisanstieg mithalten habe.

Immer öfter werde auch die von der Werbung angeheizte Lust am Geldausgeben den Bundesbürgern zum Verhängnis. Immerhin rund eine Million Betroffene seien durch übertriebene Kauflust in die Schuldenfalle geraten, betonte Rödl. Weil die Verlockungen zum Konsum in den Großstädten größer seien, liege hier zudem ein Grund für deren höhere Schuldnerquoten. Gleichzeitig seien Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut hier strukturell bedingt weitaus höher. Das gilt auch für die niedersächsischen Ballungsräume wie Hannover und Braunschweig.

In der Region Hannover liegt die Überschuldungsquote selbst nach der Eingemeindung des wirtschaftlich stärkeren Umlands bei 12,7 Prozent. Im Stadtgebiet sei davon auszugehen, dass der Wert noch darüber liege, hieß es bei Creditreform. Insgesamt ist die Quote in der Region Hannover seit 2004 um zwei Prozentpunkte gestiegen – und damit doppelt so schnell wie im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der Metropolen steht Hannover allerdings noch gut da: In Städten wie Duisburg oder Berlin ist gut jeder Sechste verschuldet. (mit: ap)

Nur wenig Deutsche haben Vermögen

Berlin (rtr). Rund zwei Drittel der Bevölkerung verfügen einer Studie zufolge über kein oder nur geringes Vermögen. Die soziale Schere in Deutschland geht damit stark auseinander, wie am Mittwoch vorgelegte Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen. Demnach verfügt eine Schicht von Superreichen, die nur ein Prozent der Bevölkerung ausmacht, über ein Fünftel

des gesamten Vermögens. Fast jeder dritte Deutsche hat hingegen eine leere Privatschatulle oder kämpft gar mit Schulden. Das wohlhabendste Zehntel der Bevölkerung besitzt fast 60 Prozent des gesamten Privatvermögens.

HAZ 8.11.07

HAZ 29.11.07

www.maz.de

R u s s l a n d

Fatale Kombination

VON STEFAN KOCH

Kurz vor den Parlamentswahlen erleben die Russen dramatische Tage. Erstmals seit dem Putsch gegen Michail Gorbatschow 1991 müssen sie wieder damit rechnen, willkürlich festgenommen und misshandelt zu werden. Russland – das ist nicht mehr das viel zitierte rätselhafte Land im Wandel: Russland marschiert stramm rückwärts.

Der Mehrheit der Russen macht das alles nicht viel aus. Schon seit Langem erleben sie Wladimir Putins Ära als einen Gewinn an Sicherheit und Selbstbewusstsein. Das größte Flächenland der Erde ist in ihren Augen wieder dorthin zurückgekehrt, wo es hingehört: in die Gruppe der mächtigsten Staaten. Dass dieses Aufwärtstreben mit dem Verlust von grundlegenden Bürgerrechten einhergeht, gilt ihnen als ein Preis, der keineswegs zu hoch ist.

Weniger Freiheit, mehr Wachstum

Allzu lange hat der Westen die psychologischen Motive und Komponenten der russischen Politik verkannt. In den neunziger Jahren wurde Russland als ein Riesenreich wahrgenommen, das außer großen Landflächen vor allem Armut zu bieten hatte. Übersehen wurde dabei, dass viele Russen nicht nur ökonomisch in Not geraten waren, sondern sich auch zutiefst gekränkt fühlten. Das im Westen bejubelte Ende der Sowjetunion wurde in Russland keineswegs schnell verdaut. Ganz im Gegenteil: Diese historische Niederlage liegt den Russen bis heute schwer im Magen.

Putins Popularität ist nicht allein das Machwerk staatlich gelenkter Medien. Dem Präsidenten ist es tatsächlich gelungen, seinen Landsleuten wieder Zuversicht zu vermitteln. Nach turbulenten Anfangsjahren mit einem verheerenden Blutvergießen im Kaukasus verhalfen ihm letztlich die Rekordpreise für Rohstoffe zum Durchbruch. Dank des unerwarteten Devisenreichtums ist es ihm nun ein Leichtes, die Benachteiligten der Wendezeit für sich und seine „Diktatur des Gesetzes“ zu gewinnen.

Die in sich zerstrittene Opposition – zu der neben einigen wackeren Demokraten auch Kommunisten, Nationalisten und rechtsradikale Antisemiten zählen – hat dieser neuen Macht wenig entgegenzusetzen. Auch Garri Kasparow, der ehemalige Schachweltmeister, der in dieser Woche zu Unrecht im berüchtigten Moskauer Gefängnis „Petrowka 38“ einsitzt, zählt nicht zu den Putin-Gegnern, die von den Russen ernst genommen werden. Seine Popularität ist im Ausland größer als in seiner Heimat.

Nur eine Minderheit, die sich nach einem Leben in einem liberalen Rechtsstaat sehnt, empfindet diese Tage wie einen Albtraum. Doch die Geschwindigkeit, mit der alles zunichtegemacht wird, was sich die bürgerliche Mitte mühevoll erstritten hatte, ist erschreckend. Wer sich heute in Russland für den Umweltschutz engagiert, die Verbrechen des Stalinismus aufarbeiten will oder sich über Putins Nachwuchstruppe Naschi („Die Unsrigen“) lustig macht, muss damit rechnen, massiv behindert oder sogar angegriffen zu werden.

Der Kurswechsel des Kremls ist ein Grauen für die demokratische Entwicklung – und eine enorme Herausforderung für die EU. Im Gegensatz zu früheren autoritären Systemen im Osten kommt das neue Moskau nicht wirtschaftlich ohnmächtig daher. Der Westen hat es jetzt mit einem Staat zu tun, der auf die universell gültigen Menschenrechte pfeift, dessen ökonomische Potenz aber von Tag zu Tag wächst und dessen Bevölkerung die Großmannssucht ihrer Führung teilt.

Ein Weg, der ins Düstere führt

Die fatale Kombination aus Diktatur und Wirtschaftswachstum ist in anderer Weise auch in China zu beobachten. Aber Russland ist Teil Europas. Was sich im Osten abspielt, bleibt im Westen nicht ohne Folgen. Berlin hat noch keine Antwort auf den erschreckenden Nachbarn im feinen Gewand gefunden. Die Strategiedebatte entwickelt sich kurz vor dem CDU-Bundesparteitag in Hannover sogar zu einem Koalitionsstreit. So warnte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil die Union gestern vor einer offenen „Konfrontation“ in der Außenpolitik: Im Verhältnis zu Russland müsse weiter auf Zusammenarbeit gesetzt werden.

Tatsächlich stellt sich aber gar nicht die Frage, ob Berlin die Kooperation mit Moskau in Zweifel zieht. Allein schon die weltweite Rohstoffknappheit lässt keine andere Wahl, als enge Geschäftskontakte zu pflegen. Der eigentliche Konflikt spielt sich auf einer grundsätzlicheren Ebene ab: Die Demokratie galt bisher als der beste Weg, ein höheres Lebensniveau für die Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Am Sonntag, bei der Parlamentswahl in Russland, lockt viele Wähler eine andere, eine ins Düstere führende Route.